

## **A-1**

Antragsteller\*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 2: Aktuelle Politische Lage

---

# **2018: GRÜNE NRW GEMEINSAM IN BEWEGUNG – EINMISCHEN, MITGESTALTEN, DRUCK ORGANISIEREN**

1 Wir blicken zurück auf ein ereignisreiches politisches Jahr 2017. Seit der Landtagswahl ist  
2 ein Dreivierteljahr vergangen. Wir haben in zahlreichen Veranstaltungen, Mitgliederbefrag-  
3 ungen, Foren und Gesprächen die Ursachen für die bittere Wahlniederlage bearbeitet.  
4 Diesen Prozess gestalten wir offen und selbstkritisch, um für die Zukunft daraus zu lernen.  
5 Dass wir zur Bundestagswahl bereits ein Stück des Vertrauens zurück gewinnen konnten  
6 und immer mehr Menschen Mitglied bei uns werden, motiviert uns, diesen Prozess weiter  
7 zu gestalten. Als Oppositionspartei konnten wir GRÜNE in NRW die Kürzungspolitik der  
8 schwarz-gelben Landesregierung in Teilen verhindern. Wir zeigen klare ökologische und  
9 soziale Alternativen für ein lebenswertes und solidarisches NRW auf. Der lobbygetriebe-  
10 nen Politik von Schwarz-Gelb setzen wir unsere politische Alternativen klar und erkennbar  
11 entgegen.

12 Der Start in das Jahr 2018 ist geprägt von einem Rechtsruck neuen Ausmaßes in der Partei-  
13 enlandschaft. Politiker\*innen der rechtsextremistischen AfD provozieren bewusst mit ih-  
14 ren rassistischen Tweets. Aus den Reihen der CSU und FDP verschaffen sich Politiker\*innen  
15 mit ausgrenzenden und populistischen Thesen Aufmerksamkeit, die die gesellschaftliche  
16 Spaltung und Abwertung von Minderheiten voran treibt. Wir GRÜNE streiten für eine wi-  
17 derstandsfähige, weltoffene Zivilgesellschaft, die sich durch eine humanitäre und rechts-  
18 staatliche Flüchtlingspolitik auszeichnet. Wir wollen einen gesellschaftlichen Wohlstand,  
19 an dem mehr Menschen teilhaben können und der unsere Lebensgrundlagen nicht zerstört.  
20 Dabei zählen für uns Werte wie Solidarität und Zusammenhalt und nicht Einzelkämpfertum  
21 und Ausgrenzung. Spätestens in der Sondierungsphase ist deutlich geworden: Die Parteien  
22 sind nicht gleich. Und es ist gut für unsere Demokratie, wenn diese Unterschiede auch zum  
23 Ausdruck kommen. Genauso klar ist aber: Gegen rechtsextremistische Parteien und Nazis,  
24 die mit ihren provozierenden rassistischen, homophoben, antisemitischen und diskrimi-  
25 nierenden Äußerungen hetzen, verbünden wir uns weiterhin mit den gesellschaftlichen  
26 Kräften, die ebenfalls ein starkes, freiheitliches, tolerantes, politisches Gemeinwesen und  
27 die Rechtsstaatlichkeit verteidigen.

## 28 Lobbyisten-Kabinett: Falsche Startsignale

29 Es ist wirklich bemerkenswert, in welchem atemberaubenden Tempo Schwarz-Gelb noch im  
30 Wahlkampf großspurig angekündigte Versprechen abräumt: Mehr statt weniger Staus, der  
31 verlangsamte Ausbau der Glasfaserleitungen für schnelleres Internet und eine weitgehen-  
32 de Amnesie in Sachen Haushalts- und Finanzpolitik oder Schuldenabbau, fehlende Steuer-  
33 erleichterungen für Häuslebauer sind nur wenige Beispiele für gebrochene Wahlverspre-  
34 chen. Hinzu kommen gleich mehrere Minister\*innen und Aufsichtsratsmitglieder mit ganz  
35 offensichtlichen Interessenkonflikten, verprellte Gewerkschaften sowie der Versuch, das  
36 Sozialticket dem Bau weniger Kilometer Autobahn zu opfern. Das alles macht deutlich:  
37 Armin Laschet und seinem Kabinett fehlt der politische Kompass und sie sparen auf dem  
38 Rücken der Ärmsten in unserer Gesellschaft.

## 39 GRÜNE gestalten aus der Opposition mit

40 Die letzten Monate haben gezeigt: Unsere Oppositionsarbeit lohnt sich. Denn – noch –  
41 scheut die Landesregierung den direkten gesellschaftlichen Konflikt und lenkt ein, wenn  
42 der Druck groß genug wird.

43 Durch eine groß aufgesetzte Kampagne konnten wir GRÜNE gemeinsam mit unseren Ver-  
44 bündeten erreichen, dass das Sozialticket vorerst bestehen bleibt und die Förderung nicht,  
45 wie von Verkehrsminister Wüst zunächst angekündigt, bereits ab 2018 abgebaut wird. Für  
46 uns ist klar, das Sozialticket ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller Ebenen und hier darf sich  
47 die Landesregierung nicht aus der finanziellen Verantwortung gegenüber den Kommunen  
48 stellen. Mobil sein zu können, ist wichtiger Bestandteil sozialer Teilhabe.

49 Auch bei der sozialen Beratung von Geflüchteten wollte das schwarz-gelbe Kabinett den  
50 Rotstift ansetzen und insbesondere bei den Schwächsten massiv kürzen. Auf unseren Druck  
51 hin hat die Landesregierung nun zugesagt, alle Stellen weiter zu finanzieren.

52 Der juristische Druck der Klage des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND NRW)  
53 zusammen mit dem von uns unterstützten breiten zivilgesellschaftlichen Protest hat die  
54 Landesregierung dazu bewogen, bis Herbst 2018 keine Rodungen im Hambacher Wald  
55 zuzulassen. Armin Laschet hat damit den grünen Vorschlag eines Moratoriums aufgegrif-  
56 fen.

57 Ob bei Friedrich Merz als Aufsichtsrat, den Minister\*innen Stephan Holthoff-Pförtner oder  
58 Christina Schulze-Föcking – im LobbyistInnen-Kabinett herrschen offensichtliche Interes-  
59 senkonflikte bei Minister\*innen und Aufsichtsratsmitgliedern. Eine Personalentscheidung  
60 musste Armin Laschet mittlerweile unter unserem Druck ändern und entzog dem Medien-  
61 unternehmer Holthoff-Pförtner das Medienressort.

## 62 Entfesselung – früher hieß es „Privat vor Staat“

63 Doch auf diesen Erfolgen können wir uns nicht ausruhen. Denn so orientierungslos die  
64 schwarz-gelbe Landesregierung im politischen Alltagsgeschäft wirkt, so entschieden hält  
65 sie gerade in der Wirtschafts- und Umweltpolitik an ihrer Ideologie der Entfesselung fest

66 – und meint damit nichts anderes als den Abbau ökologischer und sozialer Standards.  
67 Sie streicht ökologische und soziale Vorgaben bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und  
68 beschleunigt den Flächenverbrauch in NRW.

69 Viele Menschen in NRW treiben die steigenden Mieten um – doch hier bleiben CDU und  
70 FDP untätig. Weder wird die Mietpreisbremse wirksamer ausgestaltet, noch in bezahlba-  
71 ren Wohnraum investiert. Im Gegenteil: Stattdessen geht Schwarz-Gelb mit der Abrissbir-  
72 ne durch das Mietrecht und will neben der ersatzlosen Streichung der Mietpreisbremse  
73 gleich noch eine Reihe von weiteren Verordnungen zum Schutz vor zu hohen Mieten er-  
74 satzlos rasieren. Notwendige Investitionen in eine Infrastruktur, die überall im Land für  
75 gleichwertige Lebensbedingungen sorgen, bleiben aus. Diese Kürzungen und fehlenden  
76 Investitionen werden das politische und soziale Klima in NRW weiter verschärfen.

77 Nicht zuletzt mit dem Vorhaben, Studiengebühren für ausländische Studierende wie-  
78 der einzuführen zeigt sich, dass gerade die FDP trotz neuem, modernen Anstrich letztlich  
79 die neoliberale Politik der Vergangenheit fortführt.

## 80 **Für den Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen kämpfen**

81 Trotz des Strukturwandels sind industrielle Arbeitsplätze ein wichtiges Fundament unse-  
82 rer nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Politik muss sich für deren Erhalt einsetzen und  
83 die Rahmenbedingungen für einen weiteren Ausbau innovativer Geschäftsfelder schaffen.  
84 Dabei sind Werte wie Solidarität und Tradition keinesfalls im Widerspruch zu zukunftsfähigen  
85 Arbeitsplätzen zu sehen. Umso beschämender sind manche Unternehmensentschei-  
86 dungen zu bewerten, die den kurzfristigen hohen Unternehmensgewinn vor die Sicherung  
87 und Schaffung insbesondere von Industriearbeitsplätzen stellt. Funktionierende Struktu-  
88 ren bei Siemens oder General Electric in Mönchengladbach sollen zerschlagen werden,  
89 obwohl massive Investitionen in die Standorte geflossen sind, die z.B. auch die Tätigkeit  
90 von schwerbehinderten Kolleg\*innen ermöglichen und obwohl die Auftragsbücher voll  
91 sind – allein um vermeintlich noch höhere Gewinnmargen eines Mutterkonzerns nicht zu  
92 gefährden.

93 Auch der einseitige Konsolidierungsprozess im Luftfahrtbereich zu Lasten der Beschäf-  
94 tigten ist nicht akzeptabel und stößt auf den Widerstand der GRÜNEN. Der notwendige  
95 Abwicklungsprozess bei airberlin ist ein schlimmes Beispiel dafür, wie Konzerne wie z.B.  
96 die Lufthansa ihre Ziele durchsetzen. Die Zeche zahlen einseitig die Beschäftigten von  
97 airberlin.

98 In all diesen Prozessen muss sich die Landesregierung als Interessenvertreter der Beschäf-  
99 tigten und des Standortes NRW verstehen, ohne die Solidarität der Beschäftigten unter-  
100 einander zu gefährden. Daher muss sie sich viel stärker aktiv als Moderator in die Prozesse  
101 einbringen, Konzepte der Belegschaften aufgreifen und unterstützen, damit Werke wie z.B.  
102 in Mönchengladbach dauerhaft erhalten bleiben können.

103 Besonders unverständlich sind dabei die ideologiegetriebenen Angriffe auf den für den  
104 Maschinenbau wichtigen Bereich der Windkraft und weitere Zweige der erneuerbaren En-  
105 ergien. Die vernichtende Kritik aller Expert\*innen nicht nur aus der Wissenschaft, sondern

106 auch aus dem Bereich der kommunalen Szene sollte die Landesregierung zu einem Um-  
107 steuern bewegen. Wir brauchen dringend einen konstruktiven und innovativen Prozess,  
108 um den notwendigen Konversionsprozess u.a. im Braunkohlerevier zu steuern und dyna-  
109 misieren. So wird es möglich sein, soziale Härten für die Beschäftigten zu vermeiden, neue  
110 Arbeitsfelder zu erschließen und auch die Solidarität des Bundes für den Umbauprozess  
111 zu erhalten. Es ist Zeit anzupacken, um hier Zukunft zu gestalten.

## 112 Ideologiegetriebene Energiepolitik

113 Nirgends zeigt sich die ideologische Modernisierungsfeindlichkeit so stark wie beim  
114 schwarz-gelben Kampf gegen der Windkraft. Schon im Wahlkampf machten CDU und FDP  
115 populistische Stimmung gegen den Ausbau der Windenergie. Die Wahlversprechen gilt es  
116 jetzt umzusetzen: Mit der Ankündigung absurd hoher Abstandsregeln oder der Einschrän-  
117 kung von Möglichkeiten des Repowerings für Windkraftanlagen sorgt Schwarz-Gelb bereits  
118 jetzt für massive Unsicherheit in den Kommunen und der Erneuerbaren Energien Branche  
119 und gefährdet damit tausende Arbeitsplätze. Was als „Erhöhung der Akzeptanz“ für die  
120 Windkraft verkauft wird, ist in Wirklichkeit deren massive Einschränkung. Darin sind sich  
121 inzwischen auch Expert\*innen einig – doch die Landesregierung lässt sich in ihren Plä-  
122 nen nicht beirren. Auch zukunftsweisende Forschungsprogramme wie „Fortschritt NRW“,  
123 das unter anderem die Erforschung emissionsarmer Energieversorgung und Mobilität der  
124 Zukunft fördert, will Schwarz-Gelb ersatzlos streichen – zu ideologiegetrieben sei diese  
125 Forschung. Für uns GRÜNE steht fest – wer so massiv an den Energieträgern von gestern  
126 festhält und gegen Zukunftstechnologien arbeitet, der enttarnt sich als wahrer Ideolo-  
127 ge. Für die Erhöhung der Akzeptanz der Windkraft fordern wir GRÜNE eine Beteiligung  
128 der Bürger\*innen an den wirtschaftlichen Vorteilen der Windkraft – zum Beispiel mit Bür-  
129 ger\*innenwindparks. Auf Bundesebene muss sich die Landesregierung für eine Reform des  
130 EEG einsetzen, insbesondere das Ausschreibungssystem muss dringend reformiert werden.  
131 Stattdessen wird im Koalitionsvertrag mit der Streichung von Vorrangflächen für Wind-  
132 energie eine ganze Branche ins Nichts geführt.

133 Wer die Erneuerbaren so entschieden bekämpft, bleibt auf Braunkohle angewiesen – wir  
134 GRÜNE stehen innerhalb der Parteien NRWs aktuell allein auf weiter Flur mit unserer For-  
135 derung, schrittweise aus der Braunkohle auszusteigen. Die angestrebten Vereinbarungen  
136 der Jamaika-Sondierungen auf Bundesebene hätten mit dem Abschalten von sieben Gi-  
137 gawatt Kohlekraftkapazität den Kohleausstieg eingeleitet – gleichzeitig wäre genug Zeit  
138 geblieben, Zukunftsperspektiven für das Rheinische Revier aufzubauen. Stattdessen halten  
139 CDU, SPD und FDP weiterhin an dem Technologiedinosaurier fest und entkoppeln NRW da-  
140 mit von einer längst stattfindenden globalen Entwicklung. Aus einem Energieerzeugungs-  
141 land NRW würde dadurch auf Dauer ein Energiebezugsland NRW.

142 Ein energiepolitisches Ziel Armin Laschets – das auch schon die alte rot-grüne Landes-  
143 regierung verfolgte – unterstützen wir hingegen ausdrücklich: Sein Engagement gegen  
144 den gefährlichen Schrottreaktor Tihange weist in die richtige Richtung. Allerdings: NRW-  
145 Braunkohlestrom als alleinige Lösung des Problems zu präsentieren und ihm damit einen  
146 Öko-Anstrich zu verpassen, ist mehr als durchschaubar. Wenn Armin Laschet es ernst meint  
147 mit Tihange, muss er die Brennelementelieferungen aus Gronau nach Belgien stoppen.

## 148 So wird es nichts mit der Mobilitätswende

149 Zu wenig Einsatz kam bisher von der Regierung Laschet im Bereich Diesel. Wer sich als  
150 Ministerpräsident aller Menschen in NRW versteht, darf die Millionen Leidtragenden des  
151 Dieselskandals nicht im Abgas-Regen stehen lassen. Der Dieselskandal ist auch ein so-  
152 zialer Skandal, denn die am meisten von den giftigen Stickoxiden betroffenen Menschen  
153 sind einkommensschwache Bewohner\*innen der verkehrsreichen Innenstädte. Sie wohnen  
154 meist an den Einfallstraßen in unsere Großstädte, da dort noch bezahlbarer Wohnraum  
155 vorhanden ist. Ihre Interessen dürfen nicht gegen die der Autofahrer\*innen ausgespielt  
156 werden. Die Lösung kann nicht sein, dreckige Luft per Gesetz für sauber zu erklären. Oh-  
157 ne sofortige wirksame Nachrüstung von Dieselautos wird es nicht gehen. Die Zeit drängt,  
158 will man Fahrverbote noch vermeiden. Denn die vom zweiten Dieseltipfel angekündigten  
159 Maßnahmen zum Ausbau des emissionsarmen ÖPNV sind zwar richtig – doch dauern sie  
160 in der Umsetzung viel zu lang. Die Bundesregierung drückt sich mit Unterstützung der  
161 NRW-Landesregierung davor, die Autobauer in die Pflicht zu nehmen.

162 Begrüßenswert finden wir GRÜNE, dass Schwarz-Gelb unsere Ideen zu einem einheitli-  
163 chen Ticketsystem in Nahverkehr aufgreift. Dass ausgerechnet die Abschaffung des So-  
164 zialtickets hierzu der Auftakt sein sollte, lässt allerdings an der guten Absicht für einen  
165 umweltfreundlichen und bezahlbaren ÖPNV zweifeln.

## 166 Gesunde Landwirtschaft gibt es mit uns

167 Die persönliche Verantwortung der Landwirtschaftsministerin Christina Schulze-Föcking  
168 im Schweinemastskandal ist immer noch nicht aufgeklärt – letztlich stehen die Zustän-  
169 de im Stall ihrer Familie für uns GRÜNE aber auch stellvertretend für ein System, das  
170 Tierwohl und Umweltschutz bei Weitem nicht ausreichend berücksichtigt. Leider sind hier  
171 von Schwarz-Gelb keine Verbesserungen zu erwarten. Dabei ist die Landwirtschaft selbst  
172 dringend darauf angewiesen, dass die Akzeptanz der Bevölkerung für Lebensmittelpro-  
173 duktion wieder steigt – das geht nur, wenn man mit der Natur wirtschaftet statt gegen  
174 sie. Doch Schwarz-Gelb belässt es gerne bei Sonntagsreden für den Umweltschutz – und  
175 unternimmt nichts oder zu wenig gegen das Artensterben und die hohe Nitratbelastung  
176 im Trinkwasser. Durch die ersatzlose Streichung des Fünf-Hektar-Grundsatzes, wird dem  
177 hemmungslosen Flächenverbrauch Tür und Tor geöffnet. Diese Flächen fehlen der Natur,  
178 der Naherholung und letztlich der Erzeugung regionaler Lebensmittel.

179 Gerade nach dem unverantwortlichen Alleingang von CSU-Landwirtschaftsminister  
180 Schmidt bei der Zulassung des Pflanzengifts Glyphosat ist es wichtig, Themen wie die  
181 Pestizidreduktion vor Ort selbst in die Hand zu nehmen. Wir GRÜNE verstehen uns hier  
182 als Beschützer einer gesunden Umwelt und Natur. Wir arbeiten mit denjenigen, die sich  
183 gesunde Lebensmittel wünschen und denjenigen, die sie verantwortungsvoll produzieren  
184 wollen, zusammen. Deshalb setzen wir uns auch aus der Opposition heraus für Pestizidre-  
185 duktion ein und wollen Bündnisse für pestizidfreie Regionen schmieden.

## 186 **Wir bleiben in Bewegung**

187 Die vergangenen Monate haben gezeigt, in welche Richtung es im Jahr 2018 weiter gehen  
188 wird: Wir GRÜNE sind immer dann besonders schlagkräftig und wirksam, wenn wir mit  
189 Bündnispartnern in der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Zu den langjährigen Bünd-  
190 nispartner\*innen aus der Umweltbewegung, Frauenbewegung, Menschenrechtsorganisa-  
191 tionen und Gewerkschaften kommen neue hinzu: Unternehmen in der Start-Up-Szene, Mit-  
192 telstand und Industrie, die die Zeichen der Zeit erkannt haben und eine sozial-ökologische  
193 Modernisierung in NRW vorantreiben. Sie wünschen sich eine Regierung die sie unterstützt  
194 bei der Modernisierung. In der Zusammenarbeit mit diesen Gruppen liegt für uns ebenso  
195 der Schlüssel zum Erfolg wie in einer konstruktiv-kritischen Oppositionsarbeit – wir kon-  
196 frontieren die Regierung mit ihrer fehlenden Glaubwürdigkeit, argumentieren gegen eine  
197 Politik, die rückwärtsgewandt und nicht nachhaltig ist und zeigen politische Alternativen  
198 auf und arbeiten daran, dass sie auch aus der Opposition heraus in die Landespolitik ein-  
199 fließen.

200 Wir wollen in Zeiten des Erstarkens autoritärer und antidemokratischer Kräfte das Korrektiv  
201 sein, welches sich zur Aufgabe macht Orientierung und Halt zu geben. Wir wollen zeigen,  
202 dass wir als Gesellschaft durch Zusammenhalt und Solidarität gewinnen, mit Ausgrenzung  
203 und bedingungslosem Wettbewerb dagegen verlieren. Wir werden in NRW grüne Akzente  
204 setzen und entschieden für unsere Inhalte eintreten. Im Land auch aus der Opposition, mit  
205 Unterstützung der vielen grünen Kommunalpolitiker\*innen. Was uns motiviert: Wir sind im  
206 vergangen Jahr um 5 Prozent gewachsen und sind so viele grüne Mitglieder wie noch nie.  
207 Das zeigt: wir können erfolgreich dafür arbeiten, dass sich immer mehr Bürger\*innen mit  
208 grüner Politik identifizieren. Daran werden wir anknüpfen und noch mehr Menschen für  
209 unsere Ziele und Werte begeistern.

## **Antragsteller\*innen**